



AFRIKA/SIMBABWE - Tausende Mädchen brechen die Schule frühzeitig ab

Harare (Fidesdienst) – Armut, Missbrauch und traditionelle kulturelle Bräuche hindern ein Drittel der Mädchen in Simbabwe am Besuch der Grundschule. Insgesamt 67% der Mädchen im schulpflichtigen können keine Mittelstufe besuchen. Wie aus einer jüngsten Studie von Plan International hervorgeht, sind sexuelle Belästigung und Missbrauch, kulturelle Faktoren, Schulgeld, frühe Ehen und Schwangerschaften nur einige Gründe dafür, dass Mädchen frühzeitig die Schule abbrechen.

Wie aus einer Studie mit dem Titel „Because I am a Girl“ hervorgeht gehören auch weite Entfernungen für Mädchen aus ländlichen Gebieten dazu. Oft sind Mädchen nach dem Tod der Eltern auch für kleine Geschwister verantwortlich. Zudem wurden im Rahmen der von der Regierung auf den Weg gebrachten „Operation Murambatsvina“ rund 700.000 Menschen aus den Städten zwangsumgesiedelt, was den Schulbesuch und den Zugang der Mädchen zur Bildung ebenfalls erschwert.

In dem Bericht „Left Behind: The Impact of Zimbabwe’s Forced Evictions on the Right to Education“ dokumentiert Amnesty International, dass durch die Umseidlung insgesamt 222.000 Mädchen die Schule abbrechen mussten. Im Rahmen der Operation Murambatsvina wurden viele Menschen in ländliche Gebiete oder provisorische Camps ausgesiedelt, wo es keine Schulen gibt, womit die Operation vielen Betroffenen das Recht auf Zugang zur Bildung verweigerte.

Das Bildungssystem in Simbabwe war einst Vorbild für andere afrikanischen Länder befindet sich jedoch in den vergangenen 10 Jahren infolge der Wirtschaftskrise auf dem Weg der Verschlechterung. In vielen Schulen fehlen Bücher und Lehrmaterialien. 2009 richtete die Regierung in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und verschiedenen Hilfswerken den „Education Transition Fund“ ein, mit dem zunächst zur Überwindung dieser Mängel beigetragen werden sollte. Eine zweite Phase des Programms wurde vor kurzem auf den Weg gebracht und wird vor allem den Zugang aller Kinder zum Bildungswesen fördern. (AP) (Fidesdienst, 08/11/2011)